

Beschluss gegen die BDS-Bewegung

Antragsteller: David Rodriguez Edel (RCDS)

Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin möge beschließen:

„Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin spricht sich gegen die Gruppe BDS (Boycott, Divestment and Sanctions) aus, verurteilt den Vorfall am 26. Juni 2017 gegen die Holocaust-Überlebende Dvora Weinstein, der innerhalb der Räumlichkeiten der Universität stattgefunden hat, und lehnt jede Form von Kooperation mit dieser Gruppe, insbesondere was die Vergabe von Räumen und Ressourcen angeht, ab. Darüber hinaus verpflichtet sich das Studierendenparlament selbst aktiv über die Ziele der BDS-Initiative und ihrer Implikationen aufzuklären.“

Begründung:

Anlass zu diesem Antrag ist der antisemitische Vorfall vom 26. Juni 2017 in einer Veranstaltung, an der die Knesset-Abgeordnete Aliza Lavie und die Holocaust-Überlebende Dvora Weinstein teilgenommen haben, und die in den Räumlichkeiten der Humboldt-Universität zu Berlin stattgefunden hat. An dieser Veranstaltung wurden beide Gastrednerinnen von Vertretern der Gruppe BDS (Boycott, Divestment and Sanctions) angepöbelt. Die Universitätsleitung hat zwar die Boykottierer angezeigt und, gemäß eines Artikels von der Berliner Morgenpost vom 22. August 2017, sagte der Berliner Kultursenator Klaus Lederer diese Aktion sei „widerlich und hätte ihm entsetzt.“ Allerdings hat die Studierendenschaft bisher den Fall nicht verurteilt.

Die Gruppe BDS setzt sich für einen Boykott gegen Israel ein, den einzigen jüdischen Staat der Welt und bisher die einzige Demokratie im Nahen Osten. Der Vorwand dafür ist „Israels Verhinderung des Selbstbestimmungs- und Rückkehrrechts der Palästinenser“, die „Besatzung“ des arabischen Landes und die Bebauung der „Mauer.“ Was diese Gruppe aber nicht klarstellt, ist, dass sie sich nicht von terroristischen Gruppen wie Hamas oder Hisbollah distanziert, und dass sie nicht deutlich das Existenzrecht Israels akzeptiert. Die Gruppe BDS hat zum Beispiel nie erklärt, ob sie die Westbank oder Gesamtisrael ein „besetztes Land“ nennt. Die „Aktivisten“ der BDS Bewegung setzen auf einem Boykott gegen Israel in allen Bereichen und mit unterschiedlichen Methoden, etwa durch die Einführung der Kennzeichnungspflicht israelischer Produkte, durch die Verhinderung von künstlerischen und sportlichen Veranstaltungen in Israel und durch den Boykott im akademischen Bereich. Dieses Vorgehen erinnert an alle antisemitischen Maßnahmen der Vergangenheit. Der Vorfall vom 26. Juni 2017 hinterlässt einen bitteren Geschmack, was die Erinnerungskultur in Deutschland betrifft. Die Anpöbeleien gegen eine Holocaust-Überlebende darf nicht salonfähig in unserer Gesellschaft und an der Humboldt-Universität zu Berlin werden. Das ist schlicht und einfach antisemitisch. Darüber hinaus würde die Humboldt-Universität zu Berlin unter einen Boykott gegen Israel im akademischen Bereich leiden, weil die Universität sich von der fortgeschrittenen akademischen und technologischen Arbeit der israelischen Universitäten isolieren müsste. Gleichzeitig ist diese Gruppe sehr aktiv in den Universitäten und versucht Zugang zu den Räumlichkeiten der Universitäten und zu den Ressourcen der Studierendenschaft zu erhalten. Deswegen ist eine Resolution gegen diese Gruppe notwendig und richtig.

Link:

[-https://www.morgenpost.de/bezirke/mitte/article211661817/Nach-Poeberei-HU-zeigt-israelfeindliche-BDS-Aktivisten-an.html](https://www.morgenpost.de/bezirke/mitte/article211661817/Nach-Poeberei-HU-zeigt-israelfeindliche-BDS-Aktivisten-an.html)